

Rechte Sprache im historischen Vergleich

Sprachliche Gewalt und gezielte Tabubrüche

In ihrem Vortrag beim Jahrestag der Stiftung Erinnerung Ulm am 14. Februar 2017 verglich Prof. Dr. Heidrun Kämper Sprachmuster der AfD mit jenen der extremen Rechten der Weimarer Republik. Hier eine Zusammenfassung ihrer Ausführungen.

Heidrun Kämper

Die AfD-Vorsitzende Frauke Petry forderte in einem Interview mit der Welt am Sonntag im September 2016, man solle das Adjektiv „völkisch“ wiederverwenden, es sei ja lediglich eine Ableitung von „Volk“ und als solche unverfänglich. Dies ist natürlich keine naive Geschichtsvergessenheit, sondern einer der vielen fragwürdigen Versuche, durch Provokation Aufmerksamkeit zu erhalten. Petry weiß, was wir alle wissen: „völkisch“ ist ein Wort, das seit Nationalsozialismus und Holocaust kontaminiert und derart indiziert ist, dass sich seine Verwendung verbietet. „Völkisch“ ist nationalistisch und rassistisch konnotiert, also eine Abgrenzungsvokabel, die Differenz markiert, und wurde im Nationalsozialismus als Legitimationsvokabel für antisemitisch-rassistisches Handeln, das die Vernichtung einschließt, verwendet.

Bei meiner Untersuchung geht es um Sprachspuren, die menschenverachtende und demokratiefeindliche Leitbilder offenbaren, die in unserer Gegenwart rechtspopulistisch vortragen werden, die wir ebenso in der Weimarer Zeit finden und die der Nationalsozialismus wohl vorbereitet vorfand, um sie aufzunehmen, zu intensivieren und zu radikalieren. Mein sprachliches Material stammt nicht aus Reden, sondern aus dem Grundsatzprogramm der AfD, dessen Inhalt und Aussagen jederzeit überprüf- und nachweisbar sind. Für den historischen Vergleich konsultiere ich programmatische Äußerungen der politischen Rechten der Weimarer Zeit. Dabei beschränke ich mich inhaltlich auf die Untersuchung von drei Sprach- und Denkmustern:

1. Parteienkritik

Bekanntlich ist die AfD eine parteienkritische Partei. Ihre Leitwörter sind zum Beispiel „Parteibuchwirtschaft“ und „Ämterpatronage“, sie spricht von „Deutschlands Staatsapparat“



Heidrun Kämper (re.) vom Institut für Deutsche Sprache in Mannheim auf dem Stiftungsjahrestag 2017. Links im Bild Nicola Wenge, die bei dieser Veranstaltung das bibliothekspädagogische DZOK-Projekt zu rechter Sprache vorstellte. Foto: A-DZOK

und der „politischen Klasse“, von „Vetternwirtschaft“, „korrptionsfördernden Strukturen“ und „verwerflichem Lobbyismus“. Der AfD dient diese Kritik zur Schaffung ihres Existenzrechts, das auf diese Weise in der Denunzierung von Parteien und Parteipolitiker*innen besteht. Die typische Sprachhandlung ist die der Behauptung, Verleumdung und der Unterstellung. Damit inszeniert sich die AfD gleichzeitig programmatisch als diejenige Partei, die alle (behaupteten) „Missstände“ in Politik und Gesellschaft beseitigt und Ordnung herstellt.

Die Vorwürfe der Korruption, des Handelns aus Macht- und Wohlstandsinteressen waren in der Weimarer Republik dieselben. So steht im NSDAP-Parteiprogramm von 1920: „Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten“. Das Monitum einer verselbständigten Elitenherrschaft ist Gegenstand der Parteienkritik. Und das Motiv ist zur Weimarer Zeit dasselbe wie in unserer Gegenwart: Interessen werden angeblich nicht mehr durch die gewählten Politiker*innen repräsentiert.

2. Selbstbild: Aufräumer-Attitüde

Die AfD konzipiert sich mit ihrer Parteienschelte selbst als Aufräumer: Wer Unordnung, Missstände und Fehlentwicklungen behauptet, zeigt auf sich selbst als diejenige Instanz,

die die Ordnung wiederherstellt. Es ist auffallend, wie häufig das Wort „wieder“ im Text des AfD-Programms vorkommt, wie häufig beansprucht wird, etwas in seinen ursprünglichen Zustand zurückversetzen zu wollen. Insbesondere in Bezug auf die Grundhaltung der AfD, die dem Autoritären als Prinzip verpflichtet ist und die eine Gesellschaft der Vertikalität idealisiert, kommt ihre vergangenheitsorientierte Restituierungshaltung zum Ausdruck, vor allem hinsichtlich der Rechtsprechung: „Dem Recht wieder zur Durchsetzung verhelfen“ (AfD-Grundsatzprogramm 2016, 16). Daneben ist auch die freie Meinungsäußerung Gegenstand solch ideologischer Behauptungen von Nichtexistenz: „... dem Grundrecht zur freien Meinungsäußerung muss ... wieder zur uneingeschränkten Geltung verholfen werden“ (AfD 2016, 42). Schauen wir wiederum nach Vorlagen aus der Weimarer Zeit: Moeller van den Bruck beschwor 1923 „die Vorbereitung auf die Stunde, in der wieder Politik als Führung und nicht Politik als Gängelung die Geschicke bestimmen würde“.

3. Menschenbild und rassistischer Nationalismus

Menschenbilder werden durch Sprache geprägt. Sie entstehen u.a. durch Abgrenzung, also durch den (konstruierten) Gegensatz zwischen dem Eigenen und dem Fremden. Wenn das Eigene und das Fremde eine politische Leitidee ist, wie in

einem Grundsatzprogramm, dann werden damit gleichzeitig auch Vorstellungen formuliert, wie politisch gehandelt werden soll. Dann wird das Eigene und das Fremde zur Erreichung bestimmter politischer Ziele auf- bzw. abgewertet, bestimmte Eigenschaften und ethnische Zugehörigkeit werden in einen Kausalzusammenhang gebracht. Menschenbilder geraten zur Legitimationsgrundlage, auf der die Gesellschaft wertend abgebildet wird. Wenn das Eigene in dieser Weise überhöht wird, ist eine rassistisch-nationalistische Position zu erkennen. Beim Nationalismus AfD'scher Provenienz handelt es sich um biologischen Nationalismus, in dem die Ethnonation propagiert wird, das heißt: ausschließlich die ethnische Herkunft ist nationales Zugehörigkeits- bzw. Ausschlusskriterium: „die deutsche Staatsangehörigkeit [ist] untrennbar mit unserer Kultur und Sprache verbunden.“ Ethnonationalistische Denkmuster finden wir auch bei der NSDAP: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession.“ Im Programm der AfD sind deutsch und Deutschland diejenigen Leitwörter, die die Differenz markieren und das Eigene kennzeichnen. Dabei haben wir es mit nationalistischen Denkmustern zu tun, da „deutsch“ als Legitimationsvokabel verwendet wird und nicht nur eine Herkunft bezeichnet, sondern eine Eigenschaft bewertet. Im Programm der AfD finden sich auch Beispiele kriminalisierender, sozial stigmatisierender Xenophobie: „Niedrigqualifizierte wandern überwiegend über missbräuchliche Asylanträge zu“ oder „die Mehrzahl der Täter im

Bereich der organisierten Kriminalität sind Ausländer“. Zu erkennen ist eine Konzeption von Nicht-Deutschen, die mit den Eigenschaften ‚ungebildet‘, ‚Sozialhilfeempfänger‘, ‚kriminell‘, ‚kinderreich‘ die Gesellschaft der „Einheimischen“ belasten. Dies hat überdeutliche Parallelen zu Äußerungen der Völkischen und der Nazis über Juden. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus liegen nah beieinander.

Aus der wertenden Konstruktion der Gesellschaft werden politische Absichten abgeleitet und Handlungsoptionen formuliert. Damit geraten Menschenbilder zur Legitimationsgrundlage politischer Forderungen, die man unter folgende Überschrift stellen könnte:

Aufkündigung des gesellschaftlichen Konsenses

Die Gesellschaft der Bundesrepublik ist eine auf den Werten des Grundgesetzes fundierte Gesellschaft. Das Menschenbild des Grundgesetzes ist geprägt von dem Kennzeichen der Gleichheit und der Gerechtigkeit. Der Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ legt eine Haltung fest, die Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus tabuisiert. Diese Tabuisierung ist gesellschaftlicher Konsens. Diesen Konsens kündigt das AfD-Programm auf, indem es ein binäres Menschenbild propagiert und gute, nützliche, arbeitsame, ehrliche und gebildete Deutsche unterscheidet von kriminellen und ungebildeten Migranten. Die sprachliche Bewertung dieses Programms muss die gesellschaftliche Aufkündigung des Konsenses als sprachliche Gewalt einordnen.

Sprachliche Gewalt besteht nicht nur in verbalen Ausfällen im politischen Diskurs der sozialen Medien,

sondern drückt sich auch in Formulierungen aus, die Gleichheits- und Gerechtigkeitsprinzipien des Grundgesetzes missachten und mit denen Menschen in Kategorien von gut und schlecht einsortiert werden. Damit werden Bezüge zu nationalistisch-rassistischem, völkischem Denken erkennbar, das nach der Erfahrung mit Nationalismus und Rassismus den Prinzipien des Grundgesetzes widerspricht. Diese Form von Sprachwandel im öffentlichen Diskurs verweist auf die Akteure, die Sprache benutzen und die mit Sprache Wirklichkeit schaffen. Die neuen Akteure sind insbesondere diejenigen, die dem Rechtspopulismus bzw. Rechtsextremismus zuzuordnen sind.

Ich habe mich auf das Grundsatzprogramm der AfD konzentriert – das Phänomen sprachlicher Gewalt aber, um das es hier geht, ist weit verbreitet: Rechtspopulisten nahezu auf der ganzen Welt inszenieren sich als Volksversther und Aufräumer. Ihre einfache binäre Sicht unterscheidet überall lediglich gut und böse, schwarz und weiß, das Eigene und das Fremde. Sie versprechen überall eine Ordnung, die angeblich einmal existiert hat, wiederherzustellen, z.B.: „We will make America great again!“

Versprechungen machen, simple Lösungen formulieren und Unwahrheiten behaupten – dieses sprachliche Verhalten widerspricht einer kommunikativen Ethik und disqualifiziert diejenigen, die so reden. Sprachlich gesehen sind diese Phänomene im Kern keine wirklich neuen Erscheinungen. Neu dagegen – zumindest in diesem Ausmaß und in dieser Intensität – ist die Provokation, die Beleidigung, die Aggression im rechtspopulistischen Diskurs. Menschliche Kommunikation funktioniert auf der Basis von Spielregeln. Dazu zählt z.B. ein öffentliches Reden mit und über Menschen, das die Menschenwürde achtet und die Menschenrechte respektiert. Rechtspopulisten erweitern mit jedem Bruch der sprachlichen Konvention, mit jeder Aggression, mit jeder Provokation die Grenzen zu sprachlicher Gewalt. Jeder Tabubruch verschiebt systematisch die Grenzen des Sagbaren.

Mein Plädoyer für den „Umgang mit demokratiefeindlicher und menschenverachtender Sprache“ ist: zuallererst Aufklärung – über den historischen Kontext, in dem bestimmte „rechte“ Leitwörter stehen und über deren Bedeutung. Sprachliche Aufklärung bedeutet: Denkmuster, Leitideen ableiten aus dem, was wir sprachlich vorfinden.



Ein visuelles Gegenzeichen: Entwurf der Studierenden Torey Burstedde und Markus Schäffer (Schule für Gestaltung Ravensburg) zur geplanten Wanderausstellung, die das DZOK-Projekt (s. S. 12/13) begleiten wird. Dezember 2016.